

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Schulausschusses

Sitzungsdatum:	13. Januar 2017
Sitzungsort:	Hamburg, in Sitzungssaal 1, Schmiedestraße 2, 3. OG
Sitzungsdauer:	17:02 Uhr bis 18:59 Uhr
Vorsitz:	Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Schriftführung:	Abg. Karin Prien (CDU)
Sachbearbeitung:	Claudia Kuhlmann

Tagesordnung:

1. Drs. 21/6007 Abschluss eines Abkommens mit dem Lande Schleswig-Holstein zum grenzüberschreitenden Schulbesuch (Gastschulabkommen)
(Bericht Senat)
2. Drs. 21/5940 Schulfinanzierung und Budgetpraxis für die staatlichen Schulen in Hamburg
(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)
3. Drs. 21/6700 Bericht über die Haushaltsentwicklung sowie über die Entwicklung der Hamburger Steuererträge und Schulden jeweils zum 3. Quartal 2016
(Bericht Senat)
hier: Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung

- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss sowie weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -
4. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Kazim Abaci (SPD)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Abg. Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Astrid Hennies (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Jens-Peter Schwieger (SPD)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Staatsrat	Rainer Schulz
Herr	Landesschulrat	Thorsten Altenburg-Hack
Herr	Senatsdirektor	Dr. Hannes Alpheis
Herr	Ltd. Regierungsdirektor	Jens Rustenbach
Herr	Ltd. Regierungsdirektor	Dr. Christoph Bohlen
Frau	Oberschulrätin	Ute Ledderbogen
Herr	Oberregierungsrat	Andreas Ockelmann
Frau	Oberregierungsrätin	Jessica Harder
Frau	Leiterin des Senatorenbüro	Susanne Junge
Frau	Regierungsüberinspektorin	Swetlana Sauer

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Claudia Kuhlmann

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

2 Personen

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die CDU-Abgeordnete schlug vor, dass sich der Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung gemäß Paragraph 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Thema „*Ergebnisse der Probeklausur für das Abitur im Fach Mathematik vom Dezember 2016 und Konsequenzen*“ befasse. Ihrer Ansicht nach sei es wichtig, dass der Senat zum jetzigen Zeitpunkt über den aktuellen Stand der Dinge berichte, so wie er es bereits gegenüber der Elternkammer getan habe. Dies schließe nicht aus, dass

sich der Ausschuss darüber hinaus sehr intensiv mit den Ursachen der Ergebnisse beschäftige, was ohne Zweifel notwendig sei. Sie würde es begrüßen, wenn der Ausschuss ihr Anliegen unterstütze.

Die SPD-Abgeordneten stimmten zu, dass Thema sei in den letzten Tagen sehr viel diskutiert worden, was auch daran deutlich werde, dass dazu bereits Schriftliche Kleine Anfragen vonseiten der CDU-Fraktion gestellt worden seien. Dieser Weg der Information stehe allen Abgeordneten offen. Ihre Fraktion stehe einer Beratung in Selbstbefassung positiv gegenüber, die ihrer Meinung nach jedoch erst in der nächsten Ausschusssitzung am 21. Februar erfolgen sollte, wenn mehr Informationen vorlägen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE unterstützte das Anliegen der CDU-Abgeordneten, die Beratung bereits in der aktuellen Ausschusssitzung zu beginnen. Ihrer Ansicht nach sei es schwer nach außen vermittelbar, wenn sich der zuständige Schulausschuss nicht in seiner ersten Sitzung mit einem Thema befasse, dass sich seit Tagen in der Presse niederschlage.

Der FDP-Abgeordnete sprach sich ebenfalls dafür aus, sich in Selbstbefassung mit dem Thema zu befassen. Er erachte es für sinnvoll, jetzt zumindest einen kurzen Überblick über die Geschehnisse der letzten Tage aus Sicht des Senats zu erhalten.

Die Abgeordnete der GRÜNEN erklärte, einer Erweiterung der Tagesordnung gemäß Paragraph 57 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft und damit der sofortigen Beratung des Themas nicht zustimmen zu werden. Eine Beratung in Selbstbefassung in der nächsten Ausschusssitzung hingegen befürworte sie, da dann ohne Frage validere Erkenntnisse vorliegen würden. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich aktuell in der Beantwortung befindlichen, zahlreichen Schriftlichen Kleinen Anfragen zum Thema, sei eine sofortige Befassung ihrer Meinung nach schwierig.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter begrüßten eine ausführliche Befassung im Ausschuss und erklärten, entsprechend Rede und Antwort stehen zu wollen. Allerdings seien sie verwundert über den Wunsch nach einer sofortigen Beratung des Themas, welches nicht auf der Tagesordnung stehe, sodass sie sich nicht angemessen hätten darauf vorbereiten können. Die eigentliche Schwierigkeit liege jedoch darin, dass alle seitens der Abgeordneten zu erwartenden Fragen derzeit in Form einer Vielzahl Schriftlicher Kleiner Anfragen von der Behörde für Schule und Berufsbildung mit Hochdruck bearbeitet würden. Es sei allen bekannt, dass eine Behörde nicht Fragen in Ausschüssen beantworten könne, die gleichzeitig noch für eine Schriftliche Kleine Anfrage aufbereitet würden. Diese geforderte Doppelgleisigkeit sei sehr ungewöhnlich und verwundere sie, da sie sie bisher im parlamentarischen Verfahren nicht kennengelernt hätten. Abschließend betonten die Senatsvertreterinnen und -vertreter grundsätzlich gerne jeder Selbstbefassung zu entsprechen und die dann möglichen Antworten zu geben.

Der AfD-Abgeordnete erklärte, den Wunsch der CDU-Abgeordneten ebenfalls zu unterstützen. Angesichts der Tatsache, dass das Thema seit Tagen ausführlich in der Presse diskutiert werde, sei es legitim, dass sich der zuständige Schulausschuss sofort damit befasse und nicht auf die nächste Sitzung vertröstet werde, die erst Ende Februar stattfinde.

Die CDU-Abgeordnete zeigte sich überrascht von der Einlassung der Senatsvertreterinnen und -vertreter. Die Tagesordnungen der Ausschusssitzungen würden lange im Voraus abgestimmt, sodass eine Aufnahme derart aktueller Ereignisse schwierig wäre. Zudem kenne weder die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg noch die Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft eine Regel, nach der nicht über Themen beraten werden dürfe, die Gegenstand parlamentarischer Anfragen seien. Vor

diesem Hintergrund sei die Verfahrenskritik des Senats wenig überzeugend. Es sei insgesamt politisch sehr befremdlich, dass der für die Schulpolitik in der Stadt zuständige Parlamentsausschuss nicht vom Senat aktuell über den Stand der Dinge informiert werde.

Der Ausschuss beschloss sodann einstimmig die von der CDU-Abgeordneten beantragte Beratung in Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft zum Thema „*Ergebnisse der Probeklausur für das Abitur im Fach Mathematik vom Dezember 2016 und Konsequenzen*“.

Die entsprechend beantragte Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 57 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft lehnte der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten und der Stimme der Abgeordneten der GRÜNEN ab.

Abschließend entschied der Ausschuss einstimmig, die Selbstbefassung in der nächsten Ausschusssitzung am 21. Februar zu beraten.

Zu TOP 1

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 3

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

Zu TOP 4

Es lag nichts vor.

gez. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) (Vorsitz)	gez. Karin Prien (CDU) (Schriftführung)	gez. Claudia Kuhlmann (Sachbearbeitung)
--	--	--